



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/286

8. Dezember 1950

Hinweise  
auf den Inhalt

Zum Grotewohl - Brief	S. 1
Wie man in Schweden spart	S. 3
Soziale Möbel	S. 4
Hochofen V	S. 6
Ostnachrichten	S. 7

## Ulbrichts Versuch mit Adenauer

P.R. Bonn, im Dezember

Anfang dieser Woche werden, wie man hört, interfraktionelle Besprechungen über den Grotewohl-Brief stattfinden. Aus der Angelegenheit ist in der Sowjetzone inzwischen eine der berühmten Aktionen geworden: es haben sich die "Nationale Front", der kommunistische FDGB, Radio Leipzig, der für den Ostsektor Berlins eingesetzte Bürgermeister Friedrich Ebert und viele weitere Stellen eingeschaltet.

Reizvoll ist die bisher unbekannte Vorgeschichte dieser Aktion, die auf ein direktes Verlangen Walter Ulbrichts zurückgeht. Nach einem Moskau-Aufenthalt im Spätherbst dieses Jahres hatte Ulbricht in einer Sitzung des Politbüros der SED die Aufnahme eines direkten Kontaktes mit der deutschen Bundesrepublik vorgeschlagen. Begründung: es habe sich nach jahrelanger Erfahrung als unmöglich erwiesen, auf die politisch massgebenden Stellen in Westdeutschland durch Einzelpersonlichkeiten oder Gruppen einigermaßen lohnenden Einfluss zu gewinnen. So müsse man den Weg der direkten Fühlungnahme gehen. Für Moskau sei die Grundforderung die Herstellung der deutschen Einheit um jeden Preis, womit Ulbricht natürlich die Einheit im Sinne der sowjetischen Vorstellung meint.

Der Auffassung, dass damit zum ersten Mal die Deutsche Bundesrepublik vom Osten de facto anerkannt werde, sollte man keine übertrieb-

bene Bedeutung beimessen. Entscheidend ist allein der Geist, aus dem ein solcher Vorschlag kommt. Er ist unverändert, wie sich eindeutig schon aus dem einleitenden Satz des Briefes ergibt: "Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und die Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde." Man versucht also nicht einmal, auch nur den Anschein einer Objektivität aufzubringen. Auf dieser Linie liegt das ganze Schreiben.

Die Regierung hätte die Möglichkeit gehabt, den Brief entweder gar nicht oder mit einem kurzen Nein zu beantworten. Sie hätte damit ihre bisherige Linie der unzureichenden Politik gegenüber der Sowjetzone fortgesetzt, die sich in der "undankbaren Rolle des Ablehnens" erschöpfte, wie es in einem der Regierung nahestehenden Blatt hiesse. Der Vorwurf ist auch von der Opposition immer wieder erhoben worden. Ansätze, aus dieser Defensiv - Haltung herauszukommen, blieben bisher durchaus unzureichend.

Jetzt hat die Regierung offenbar die Absicht, Versäumtes nachzuholen. An dem Nein zu der unaufrichtigen Aufforderung kann es keinen Zweifel geben. Aber es wird darauf ankommen, dieses Nein so überzeugend und prägnant wie möglich zu begründen und die Begründung selbst nicht nur in Westdeutschland, sondern vor allem auch in Ostdeutschland mit maximaler Wirkung der Bevölkerung mitzuteilen. Man hat ja vor den Oktober - "Wahlen" Erfahrungen genug gesammelt, wie das möglich ist. Über das sorgfältig begründete Nein hinaus aber sollte man auch aus diesem Anlass zur Verkündung der Grundsätze vorstossen, die nach der Überzeugung der westdeutschen wie der überwältigenden Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung die allein möglichen Voraussetzungen für die Schaffung einer deutschen Einheit sein können. Eine solche Erklärung wird gewiss keine überraschenden Neuigkeiten enthalten. Sie wird, auf die kürzeste Formel gebracht, die fehlende demokratische Legitimation der ostdeutschen Regierung darstellen und als unerlässliche Basis auch nur für den Versuch der Schaffung eines einheitlichen Deutschland freie, direkte und geheime Wahlen verlangen.

Der Ursprung der Initiative Ulbrichts ist klar: sie ist ein Stück der sowjetischen Bemühung, unter gleichzeitigem militärischen Druck im Fernen Osten in irgend einer Form mit einem der westlichen Gegenspieler in Verbindung zu kommen, um auf dem Verhandlungswege weitgehend die Lösung der Deutschland-Frage, so wie man sie sich selbst wünscht, durchzusetzen.

Wie man in Schweden Staatsausgaben überprüft.

R.H. Stockholm, Dezember 1950.

In den letzten Monaten versorgte der wärnsche Sparausschuss die schwedische Presse immer wieder mit zugkräftigen Schlagzeilen. "Wärn will Pensionsalter der Staatsbeamten erhöhen" - "Verringerung der Agrarsubventionen" - "Streichung der Darlehenszuschläge bei Mehrfamilienhäusern" - "Wärn kassiert Untersuchungskomitees" - "Schulbücher-Verleih statt Schulbücher-Schenkung" usw. Dem wärnschen Ausschuss entgeht kein Bereich des zivilen Staatsbudgets. Ein anderer Ausschuss überprüft die zweckmässige Verwendung des Militärbudgets.

Der vielgenannte Herr Wärn kann natürlich selbst keine Entscheidungen fällen. Das ist Sache der Regierung bzw. des Reichstages. Aber die Empfehlungen dieses Sparausschusses werden von grosser Bedeutung sein. Jedesmal, wenn Wärn ein neues Ausgaben-Kapitel anschnidet, erhebt die betroffene Bevölkerungsgruppe scharfe Proteste und liefert Beweise für die Notwendigkeit der beanstandeten Ausgaben. Wie Ministerpräsident Erlander hervorhob, wird es Sache der Volksvertretung sein zu entscheiden, ob die Begründungen eine Fortsetzung der Ausgaben rechtfertigen. Zweifellos wird Herr Wärn Ersparungen erzielen. So wird z.B. die Neigung des schwedischen Reichstages, für jede auftauchende Frage einen Studienausschuss einzusetzen, wahrscheinlich auf das notwendigste Mass eingeschränkt werden. Die wegen mangelnder Arbeitskraft nicht ausgenützten Gelder für Strassenbauten werden im neuen Budget berücksichtigt werden etc. In der schwedischen Staatsverwaltung selbst sind aber kaum wesentliche Ersparungen möglich und alle anderen Ausgabenkürzungen bedingen Einschränkungen der staatlichen Sozial- und Kulturleistungen.

Überhaupt scheint der grösste Wert dieser Sparuntersuchung darin zu bestehen, dass der Bevölkerung die Zusammenhänge zwischen Steuerleistung und staatlicher Leistung zum Bewusstsein gebracht wurden. Im modernen Sozialstaat, wie Schweden ihn repräsentiert, sind die Steuersätze - insbesondere in den hohen Einkommensgruppen - wesentlich höher als im Liberalstaat vor hundert Jahren, der sich im allgemeinen auf die Ausübung der Hoheitsrechte beschränkte, soziale Massnahmen aber kaum kannte bzw. zu einem Anliegen privater oder konfessioneller Wohltätigkeit machte. Die schwedische Sozialpolitik hat den Staat

zu einer Ausgleichsstelle der sozialen Gegensätze werden lassen. Die mannigfaltigen Sozialleistungen, welche allen Staatsbürgern - unabhängig von ihrem Berufe und Einkommen - jeweils dann zugute kommen, wenn ein bestimmter sozialer Tatbestand vorliegt, haben in Schweden einen neuen Einkommensbegriff verwirklicht, das Sozialeinkommen, welches zum Unterschiede vom Arbeitseinkommen nicht an ein bestimmtes Arbeitsverhältnis gebunden ist. Die Wörn'schen Untersuchungen zeigen nun deutlich, dass die in den Wahlprogrammen immer wieder geforderten Steuer-Erleichterungen nur dann in einem wirklich fühlbaren Ausmasse möglich wären, wenn wesentliche Teile dieses Sozialeinkommens abgebaut würden und dem Staate die Möglichkeit zum sozialen Ausgleich weitgehend entzogen würde. Das mag - neben dem primitiven Motiv des Stimmenfanges - die versteckte Absicht jener Parteien sein, welche die Kapitalinteressen vertreten. Der Wörn'sche Ausschuss leistet in dieser Hinsicht wertvolle Aufklärungsarbeit.

+ + +

Vom sozialen Wohnungsbau zum sozialen Möbel.

Dass der soziale Wohnungsbau eine Halbheit bleiben müsse, wenn er nicht durch die soziale Wohnungseinrichtung ergänzt wird, beginnt man in der Theorie einzusehen. In der Praxis hat man noch wenig dazu getan. "Während der Bau des Hauses unter der lenkenden Fürsorge des Staates sich vollzieht, dabei also entscheidend unsere vielgestaltige Not Pate steht, ist die Einrichtung der freien Wirtschaft und dem freien Ermessen des Verbrauchers überlassen. Die freie, umsatzhungrige Wirtschaft ist nicht daran interessiert, zur zeitgebotenen Bescheidenheit zuraten, und der Durchschnittsverbraucher lebt weitgehend mit seinem Lebenshaltungsanspruch noch in der Vorstellungswelt von 1914. So entstand im Möbelfach - geboren aus dem Umsatzwillen des Wirtschaftlers und dem von ihm sorgfältig gepflegten, viel zu hohen Anspruch des Verbrauchers - ein Normalangebot in Möbeln, das weder nach den Massen noch nach der Form dem sozialen Wohnungsbau entspricht". Dies scharfe, aber zutreffende Urteil kommt aus dem engen Kreise derer, die hier auf praktischem Wege Abhilfe zu schaffen versuchen.

In Bonn werden zurzeit die ersten 1.500 Wohnungen für Bundesbedienstete beziehbar. In viele neue Wohnungen wandert der alte Hausrat ein; für diejenigen aber, die ihn nun neu kaufen müssen, hat man in

einem Wohnblock in der Schedestrasse zwölf Wohnungen als Muster und Vorbild möb- liert. "So . . . wohnen" nennt der Deutsche Frauenring diese Ausstellung, die weit über Bonn hinaus Bedeutung hat.

Ihr Kernstück sind die neuen WKS-Möbel. In ihnen ist versucht worden, für die Sozialwohnung das Sozialmöbel zu schaffen. Das "Sozialwerk für Wohnung und Hausrat G.m.b.H., Baden-Baden", eine Gründung von Siedlungsgemeinschaften und Wohlfahrtsverbänden, hat hier planend und lenkend eingegriffen und durch einen Vertrag mit der seit Jahrzehnten bekannten Neuen Gemeinschaft für Wohnkultur in Stuttgart die Voraussetzungen für eine neue Möbelproduktion geschaffen.

Man hat die neuen Möbel nach ihren Anregern WKS-Möbel genannt. Heute ist ihre Serienfabrikation schon im Gange, die Zahl der einzelnen Typen bereits auf 150 gestiegen. Die helle, natürliche Farbe ihrer Hölzer-Rüster, afrikanischer Birnbaum und Edelbuche - steht freundlich in den neuen, lichten Zimmern, ihre schlichten und dennoch nicht primitiven Formen belasten auch die kleinen Wohnräume nicht.

Man könnte sich vorstellen, dass so oder ähmlich - denn die WKS-Möbel beanspruchen kein Monopol, sie wollen nur Schrittmacher auf einem notwendig gewordenen Wege sein - nicht nur die Wohnung von Bundesbeamten, sondern auch Zehntausende anderer Wohnungen überall eingerichtet werden. Eine langweilige Eintönigkeit würde dadurch nicht entstehen; aber überall würden leichte, wohltuende Dinge die Menschen umgeben und ihr häusliches Dasein freundlicher und würdiger machen, als es der falsche Glanz einer immer nach oben, nach dem Reicheren hin schieelenden Einrichtung vermag. Und unter dem Druck dieser Entwicklung würde sich schliesslich, so darf man hoffen, sogar die Möbelindustrie vom Aufgedonnerten zum Einfachen bekehren.

Selbst die mit so viel Einsicht ins Notwendige zusammengestellten Bonner Musterwohnungen sind nicht immer frei von allzu Eleganten, und auch der Staatssekretär aus dem Wohnungsministerium, der die Eröffnungsrede hielt, schien in seinen Ansichten gelegentlich zu schwanken. Gerade in Bonn wäre es wichtig, dass man sich eindeutig zum Einfachen und Zeitgemässen bekennt. Was über die Ausstattung manches Amtes und mancher Amtswohnung bekannt wurde, kann dies Vorlangen nur bestärken. In diesem Sinne könnte die Ausstellung in der Schedestrasse auch für manchen Verantwortlichen eine Lehre sein.

fa.

Hochofen V - ein Symbol.

sp. Man verlangt von Deutschland mehr Stahl, mehr Kohle, höhere Besatzungskosten und bald auch Soldaten. Man konnte verschiedentlich auch vernehmen, das Verhältnis Sieger-Besiegte gehöre der Vergangenheit an, so dass man glauben mochte, es sei ein neuer Geist eingezo- gen, der nach vielen Irrungen und Irrtümern der vergangenen Jahre end- lich die Vernunft an die Spitze der Überlegungen stelle, dass wir alle in einem europäischen Boot sitzen. Aber es scheint nur, es ist leider nicht so. Noch immer geistern Reste der früheren Mentalität durch die Entscheidungen hoher und höchster alliierter Stellen und noch immer wird ~~Deutschland~~ Deutschland von Zeit zu Zeit daran erinnert, dass es nicht selbstständig handeln kann.

Kein Objekt ist bei den so heiss umkämpften Demontagen in Salz- gitter so oft genannt worden wie der Hochofen V, der hart misshandelte Bruder einer Gruppe von vier Hochöfen, die nach dem neuesten Stand der Technik in einem rationalen System miteinander verbunden waren. Inn aus diesem System herauszubrechen bedeutet, die Leistungskraft der anderen drei zu schmälern, ohne dass er dort, wo er aufgestellt wer- den sollte, in Griechenland, seinen Zweck so vollendet hätte erfüllen können wie in Salzgitter. Die erbitterten Arbeiter von Salzgitter wussten das, als sie im März dieses Jahres den Hochofen V stürmten, die "Galgen", die Demontagekräne einrissen und die Demontagearbeiter verjagten. Aber die Demontagearbeiter und die "Galgen" kamen wieder. Der Hochofen V war zu etwa zwei Drittel demontiert, als im Spätsommer die nie aufgegebenen deutschen Versuche, den Hochofen zu retten, end- lich einen Erfolg versprachen. Von deutscher Seite ist Griechenland f) nur etwas mehr als Schrottwert, in Salzgitter fast den vollen Wert eines Hochofens hat. Und Griechenland war einverstanden.

Nicht einverstanden ist die Hohe Kommission. Sie hatte zwar die Zusicherung, dass man nicht beabsichtige, den Hochofen in Betrieb zu nehmen, also die Salzgitter vorgeschriebene Kapazität zu erhöhen und dass man den Torso des Hochofens (mehr war es zum Zeitpunkt des Über- einkommens mit Griechenland nicht mehr) nur als Ersatzteillieferant für die verbliebenen drei Hochöfen gewahrt bleiben sollte. All das schien aber der Hohen Kommission keine geeignete Sicherung gegen eine teilweise "Wiederaufrüstung" von Salzgitter und so kam vom Fe- tersberg das No. Oder war es ein Non?

f) finanzielle Entschädigung für Material angeboten worden, das in Griechenland . . .

Die Nationalität des Nein ist schliesslich unmassgeblich, massgebend ist der materielle und der daraus resultierende psychologische Effekt. Selten ist ein totes Objekt wie der Hochofen V von Salzgitter so sehr zum Symbol einer Politik geworden, die nicht weiss, was sie will und nicht merkt, was sie anrichtet.

+ + +

Querschnitt durch die bayerische SPD-Fraktion.

sp. Von den neugewählten 63 SPD-Landtagsabgeordneten in Bayern wurden 38 in Stimmkreisen und 25 auf den Wahlkreislisten gewählt. Unter den Abgeordneten befinden sich u.a. 16 Ausgebombte, 10 Kriegsbeschädigte, 9 Heimatvertriebene, davon 6 Sudetendeutsche und 3 Schlesier, 9 Heimkehrer, 4 Frauen. Nach den erlernten Berufen sind 20 Arbeiter, 15 Handwerker u. Gewerbetreibende, 9 Angehörige freier Berufe, 7 Angestellte, 6 Lehrer, 5 Beamte, 1 Hausfrau. 41 von diesen Abgeordneten sind durch Nazi-Konzentrationslager und Gefängnisse gegangen. 29 der Abgeordneten sind Katholiken, je 17 protestantisch, bezw. freireligiös.

+ + +

Nachrichten aus der Ostzone:

Buntkariert ist staatsgefährlich.

sp. Wie das Ostbüro der SPD erfährt, hat die Leipziger FDJ-Leitung sogenannten oppositionellen Jugendgruppen den schärfsten Kampf angesagt. Das "Verbrechen" dieser Jugendlichen besteht darin, dass sie den Tiroler Käfer tragen, den es in jedem Schmuckwarengeschäft zu kaufen gibt. Die FDJ sieht darin eine von wesentlicher Seite lancierte Aktion. Das grösste Kopfzerbrechen bereiten ihr die "Buntkarierten", das sind die Jugendlichen, die entsprechend der Westberliner Mode auffallend buntkarierte Hemden tragen. Solche Buntkarierte stehen im Verdacht, Gegner der FDJ zu sein. Sie werden durch FDJ-Funktionäre überwacht und arüber hinaus zu schikanieren versucht. Es ist verschiedentlich bereits zu Schlägereien zwischen FDJ-Funktionären und Buntkarierten gekommen.

2 x 500.000 Schemel.

sp. Im Volkseigenen Karosseriewerk Halle wurde die bereits laufende Produktion von 500.000 Schemeln verdoppelt. Den Arbeitern wird zu erklären versucht, es handele sich dabei um einen sowjetischen Reparationsauftrag. Den Arbeitern ist aber bekannt, dass die bisherigen Waggonladungen mit Schemeln an Orte der Sowjetzone abgingen, in denen sich "Polizeischulen" im Aufbau befinden.

SSD kontrolliert Konsulats-Telegramme.

sp. Alle durch das Haupttelegrafennetz Ost laufenden Telegramme unterliegen einer Kontrolle der SSD-Telegrammkontrollstelle. Von besonders wichtig erscheinenden Telegrammen werden Abschriften angefertigt. Dieser Kontrolle unterliegen auch die Telegramme an die ausländischen Konsulate.

+ + +

Verantwortlich: Josef Schmidt.